

Die Vorschläge der SP sind anders: sozial gerecht und wirtschaftspolitisch sinnvoll

Die SP setzt sich mit aller Kraft ein für eine Politik, welche die richtigen sozialen und wirtschaftspolitischen Prioritäten setzt.

Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr und Sicherheit, das sind Leistungen von denen wir alle profitieren. In diesen Bereichen zu sparen, kann längerfristig schwerwiegende Folgen haben. Die Standortattraktivität wird durch schlechtere Qualität der öffentlichen Dienstleistungen eingeschränkt, mit Sparmassnahmen in der Bildung verbauen wir unsere Zukunft. Vom sogenannten Humankapital hängt ab, wie innovativ Unternehmen sind: «Wenn wir uns nur auf die Sanierung der Staatsfinanzen konzentrieren, verhalten wir uns wie eine Firma, die zwar ihre Kosten im Griff hat, aber keine neuen Produkte verkauft», meint Stéphane Garelli, Professor an der Wirtschaftskaderschmiede IMD in Lausanne. Das Sanierungspaket 04 des Kantons Zürich reduziert die Qualität der Volksschulbildung, gefährdet die Qualität der Gesundheitspflege in den Spitälern, kürzt Leistungen für die sozial Schwächsten (AHV- und IV-Beihilfen) und verursacht 1240 Stellenlose. Zudem verursacht es eine erhebliche Mehrbelastung der Gemeinden. Das grosse Entlastungsprogramm des Bundes bringt grosse Einschnitte vor allem in den Bereichen Umwelt und Verkehr und kostet laut einer Studie tausende von Arbeitsplätzen. Auch dieses Programm ist in erster Linie notwendig wegen der Steuerausfälle, die durch das Steuerpaket 2001 entstehen würden. Gegen dieses Steuerpaket, das in erster Linie reiche Familien und Hauseigentümer entlastet, wurde zum ersten mal in der Schweizer Geschichte das Kantonsreferendum ergriffen. Die Kantone fürchten Einnahmefälle in Milliardenhöhe. Die Vorlage wird am 16. Mai 2003 an die Urne gelangen. Die SP setzt sich mit aller Kraft ein für eine Politik, welche die richtigen sozialen und wirtschaftspolitischen Prioritäten setzt: Wir wollen einen gesunden Staat, der gute Leistungen für alle Bevölkerungsschichten erbringt. Wir wollen einen Staat, der die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben verhindert und nicht fördert. Wir wollen einen Staat, der nicht durch Leistungsabbau in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Rezession verschärft und das Wirtschaftswachstum abwürgt.

SP Kanton Zürich, Samstag, 26. Dezember 2009

[Druckvorschau Seite weiterempfehlen](#)